

Nutzungsschablone

- a = Art der baulichen Nutzung b = Zahl der Vollgeschosse
- c = Grundflächenzahl (GRZ)

- d = Geschossflächenzahl (GFZ) e = Hinweis auf textliche Festsetzungen
- e f = Bauweise

Art der baulichen Nutzung

§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB

§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB



Gewerbegebiet GE § 8 BauNVO

Mass der baulichen Nutzung

- Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze
- § 16 (2) Nr. 3 BauNVO Grundflächenzahl (GRZ) § 16 (2) Nr. 1
- Geschossflächenzahl (GFZ) § 16 (2) Nr. 2 BauNVO

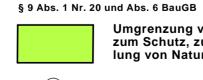
Überbaubare Grundstücksflächen § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB



überbaubare Grundstücksfläche § 23 (1) BauNVO in Verbindung mit der

Baugrenze § 23 (3) BauNVO

Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft



Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwick lung von Natur und Landschaft



und Sträuchern

§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB

Ausgleichsfläche

Bindung für die Bepflanzung und Erhaltung von Bäumen

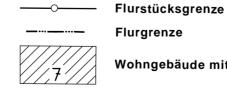
Pflanzgebot für Bäume und Sträuchern

Räumlicher Geltungsbereich des Bebauungsplanes

§ 9 Abs. 7 BauGB

Grenzen des räumlichen Geltungs bereiches des Bebauungsplanes

Darstellungen in der Planunter lage und zur Bestimmung der geometrischen Eindeutigkeit



Wohngebäude mit Hausnummer





Flurstücksnummer Flurnumme

Polygonpunkt Parallelzeichen

ERMÄCHTIGUNGSGRUNDLAGEN

- 1. Baugesetzbuch (BauGB), Neufassung vom 23. September 2004 (BGBL. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 21 des Gesetzes vom 21. Juni 2005 (BGBL. I
- 2. Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung – BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBI. I S. 132), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. April 1993 (BGBI. I. S. 466).
- Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung 1990 - PlanzV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S.
- 4. Bauordnung für das Land Nordrhein Westfalen (Landesbauordnung - BauO NRW), in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. März 2000 (GV. NRW. S. 256 , geändert durch das Gesetz vom 9. Mai 2000 (GV. NRW. S. 439).
- Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03. Februar 2004 (GV NRW S. 96).
- 6. Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von kommunalem Ortsrecht (Bekanntmachungsverordnung - BekanntmVO) vom 26. August 1999 (GV NRW S. 516), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. April 2003 (GV NRW S. 254).
- 7. Hauptsatzung der Stadt Gronau (Westf.) vom 01. Dezember 1999, in der Fassung vom 01. Juni 2001

Textliche Festsetzungen Bebauungsplan Nr. 234 Hoher Weg", Teilbereich I 2. Änderung

1.0 Art der Nutzung

Gemäß § 1 Abs. 6 BauNVO sind die gemäß § 8 Abs. 3 Nr. 3 im Gewerbegebiet (GE) ausnahmsweise zulässigen Anlagen (Vergnügungsstätten) nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.

Einzelhandelsbetriebe sind gem. § 1 Abs. 5 i.V.m. § 1 Abs. 9 BauNVO unzulässig.

1.1 Gliederung nach der Abstandsliste

In den festgesetzten Gewerbegebieten sind gemäß § 1 Abs. 4 BauNVO nur Betriebsarten zulässig, die im Sinne von § 6 BauNVO das Wohnen nicht wesentlich

Ausnahmsweise zulässig sind die Betriebsarten VII der Abstandsliste (Anhang zum RdErl. des Ministers für Raumordnung und Landwirtschaft NW vom 02.04.1998 - VB - 8804.25.1 (V Nr. 1/98)-), wenn die Emissionen der Anlage soweit begrenzt oder die Ableitbedingungen so gestaltet werden, dass schädliche Umwelteinwirkungen in den schutzbedürftigen Gebieten vermieden werden.

Das Vorliegen dieser Voraussetzungen muss anhand der im Einzelfall vorzulegenden genauen (Unterschrift) Antragsunterlagen schlüssig geprüft werden.

Der erweiterte Bereich des Gewerbegebiets darf nur genutzt werden, wenn die beabsichtigte Betriebsart in geschlossenen Gebäuden errichtet wird. Die Bauteile müssen im Erweiterungsbereich ein bewertetes Schalldämmmaß von mindestens 45 dB (A) aufweisen.

Der Abstandserlass und die Abstandsliste sind Bestandteil der Begründung des Bebauungsplanes.

2.0 Höhe baulicher Anlagen

Gemäß § 16 Abs. 2 BauNVO dürfen bauliche Anlagen eine Gesamthöhe von 6,00 m nicht überschreiten.

Bezugspunkt für diese Höhenfestsetzung ist die Straßenkrone der Straße "Am Königsweg"

3.0 Altlasten

Altlasten sind im Planbereich nicht bekannt. Werden dennoch kontaminierte Bereiche entdeckt, so sind diese zu sichern und unverändert zu belassen. Weitere Maßnahmen dürfen erst nach vorheriger Begutachtung durch den Kreis Borken zwecks Festlegung eventuell erforderlicher Sanierungsmaßnahmen vorgenommen

4.0 Bodendenkmale

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kulturgeschichtliche Bodenfunde, d.h. Mauerwerk, Einzelfunde aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit) entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Gemeinde und dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Westf. Museum für Archäologie/Amt für Bodendenkmalpflege Münster, unverzüglich anzuzeigen und die Entdeckungsstätte mindestens drei Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten (§§ 15 und 16 DSchG).

5.0 Ökologische Belange

5.1 Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft

a) Die Versiegelung von Freiflächen für PKW-Stellplätze mit Materialien wie Asphalt, Bitumen oder Beton ist unzulässig.

Stell- und Wegeflächen sind so auszuführen, dass Oberflächenwasser in den Untergrund gelangen kann (z.B. Schotterrasen, wassergebundene Decken,

b) Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB sind die dem Wohngebiet zugewandten Allgemeinen Außenwandflächen im Gewerbegebiet mit selbstklimmenden Pflanzen zu begrünen.

Bei der Durchführung der Pflanzmaßnahmen ist je 3 lfdm. Außenwandfläche mindestens 1 Selbstklimmer aus der nachfolgenden Liste zu pflanzen (Efeu, Wilder Wein, Kletterhortensie, Spalierobst). Diese Festsetzung gilt auch für Garagen und Nebenanlagen.

Hinweise:

Kampfmittelräumdienst

Die Durchführung aller bodeneingreifenden Baumaßnahmen sollte mit der gebotenen Vorsicht erfolgen, da ein Kampfmittelvorkommen nicht völlig ausgeschlossen werden kann.

Sofern der Verdacht auf Kampfmittel aufkommt, ist die Arbeit sofort einzustellen und der Staatliche Kampfmittelbeseitigungsdienst Westfalen - Lippe, Regierungsbezirk Arnberg, zu verständigen. (Tel.: 02331 6927 3885).

VERFAHRENSVERMERKE

Der Rat der Stadt Gronau hat in seiner Sitzung am Der Ausschuss für Planen, Bauen und Umwelt der Stadt 31.03.2004 gemäß § 1 Abs. 3 in Verbindung mit §2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 BauGB beschlossen. Der Aufstellungsbeschluß des Bebauungsplanes wurde gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am 14.05.2004 ortsüblich bekannt gemacht.

Entwurf des Bebauungsplanes zugestimmt und seine öffentliche Auslegung beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden gemäß § 3 Abs. 2 BauGB am 21.04.2005 ortsüblich bekanntgemacht. Der Entwurf des Bebauungsplanes hat mit der dazugehörigen Begründung vom 02.05.2005 bis einschl. 03.06.2005 öffentlich ausgelegen.

Gronau (Westf.) hat in seiner Sitzung am 13.04.05 dem

Gronau, den 12.10.2005 Gronau, den 12.10.2005

Der Bürgermeister Der Bürgermeister

(Unterschrift)

Der Rat der Stadt Gronau hat in seiner Sitzung am Der Rat der Stadt Gronau (Westf.) hat den Bebauungsplan 31.03.2004 gemäß § 3 Abs. 1 BauGB die in seiner Sitzung am 07.09.2005 nach Prüfung der fristgemäß vorgebrachten Bedenken und Anregungen Bürgerbeteiligung zum Entwurf des Bebauungsplanes gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen. Die Bürgerbeteiligung wurde in der Zeit vom 17.05.2004 bis einschließlich 18.06.2004 durchgeführt.

Gronau, den 12.10.2005

Der Bürgermeister

Gronau, den 12.10.2005

Der Bürgermeister

Im Auftrage:

Gronau, den

(Unterschrift)

Im Auftrage:

(Unterschrift)

(Unterschrift)

(Unterschrift)

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegen-Der Bebauungsplan liegt mit Begründung gemäß § 10 schaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen Abs. 3 BauGB bei der Stadt Gronau ab dem 17.10.2005 aus und kann während der Öffnungszeiten eingesehen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig mit Stand vom Januar 2003 nach. Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei. Die Über-

tragbarkeit der neuzubildenden Grundstücksgrenzen in die

Öffentlichkeit ist einwandfrei möglich.

Der Bebauungsplan ist mit der Bekanntmachung vom 17.10.2005 rechtsverbindlich geworden. Gronau, den 18.10.2005

Der Bürgermeister

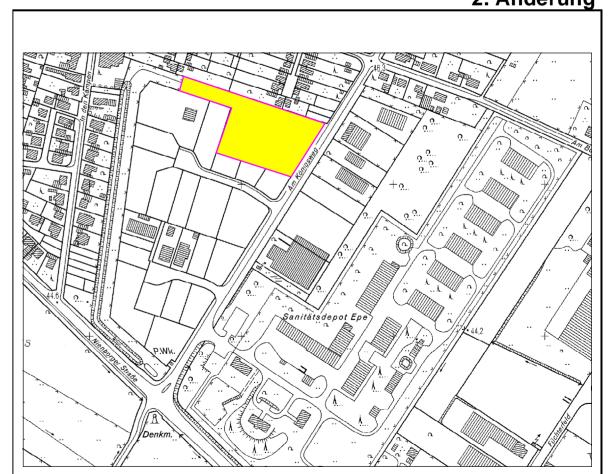
Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur

Stadt Gronau Regierungsbezirk Münster

Kreis Borken

Bebauungsplan Nr. 234 "Hoher Weg" Teilbereich I

2. Änderung



Ausschnitt aus der Deutschen Grundkarte Maßstab 1:5000

48596 Gronau, (Westf.) Konrad - Adenauer - Straße Nr. 1

Gemarkung Gronau Datum gezeichnet Planverfasser Verfahrensstand 01.08.2003 Dateien vom Katasteramt Borken erhalten. 05.04.2004 Niehoff Krafzik Bebauungsplanentwurf 14.05.2004 Niehoff Krafzik Bebauungsplan zur Bürgerbeteiligung/TÖB Krafzik Bebauungsplan zur Auslegung 20.04.2005 Nie hoff Plotmix I:\DAT\Bpl.234\SUB3 Stadt Gronau - Fachbereich 461 - Stadtplanung und Bauordnung -